Öffentliche Bekanntmachung - Allgemeinverfügung

Die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Heinrich-Hertz-Str. 6, 03044 Cottbus erlässt auf Grundlage der §§ 16 Abs. 1 Satz 1, Abs. 3, Abs. 7, 5a Abs. 4a, 3 Nr. 10 Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG) vom 28.07.2011 (BGBl. I S.1690), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 22.12.2025 (BGBl. 2025 I Nr. 351) i. V. m. § 12c Abs. 2a Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) vom 07.07.2005 (BGBl. I S. 1970, 3621), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 22.12.2025 (BGBl. 2025 I Nr. 351) folgende

Veränderungssperre

I.

1. Zur Sicherung des im Rahmen des Umweltberichts zum Bundesbedarfsplan 2023-2037/2045 gemäß § 12c Abs. 2a EnWG ermittelten Präferenzraums wird für das Vorhaben Nr. 81 Höchstspannungsleitung Hemmingstedt/Lieth/Lohe-Rickelshof/Wöhrden – Klein Rogahn/Stralendorf/Warsow/Holthusen/Schossin (fortan: Vorhaben Nr. 81) und für das Vorhaben Nr. 81a Höchstspannungsleitung Pöschendorf/Hadenfeld/Kaisborstel/Agethorst/Mehlbek – Klein Rogahn/Stralendorf/Warsow/Holthusen/Schossin (fortan: Vorhaben Nr. 81a) der Anlage zu § 1 Abs. 1 des Bundesbedarfsplangesetzes (BBPlG) eine Veränderungssperre erlassen.

Die Veränderungssperre erstreckt sich räumlich auf den kartografisch entsprechend ausgewiesenen Bereich des Präferenzraums der Vorhaben Nr. 81 und Nr. 81a im Kreis Rendsburg-Eckernförde in der Gemeinde Bendorf sowie im Kreis Steinburg in der Gemeinde Besdorf in Schleswig-Holstein.

Folgende Flurstücke sind von der Veränderungssperre erfasst:

Gemeinde Bendorf, Gemarkung Oersdorf,

- Flur 7, Flurstücke 43, 20, 22, 42 (teilweise), 44 (teilweise), 23/1 (teilweise), 23/2 (teilweise), 21 (teilweise), 19 (teilweise), 18/1 (teilweise), 9 (teilweise)
- Flur 5, Flurstücke 14, 12, 11, 3, 1 (teilweise), 2 (teilweise), 6 (teilweise), 8 (teilweise)

Gemeinde Besdorf, Gemarkung Besdorf,

- Flur 2, Flurstücke 20 (teilweise), 21/1 (teilweise), 21/2 (teilweise)

Im Übrigen wird auf die genaue Darstellung des Präferenzraums im Bereich der Kreise Rendsburg-Eckernförde und Steinburg auf der Internetseite der Bundesnetzagentur (https://www.netzausbau.de/vorhaben81) Bezug genommen. Diese ist, inklusive der als Anlage beigefügten kartografischen Darstellung des Gebietes (Abbildungen 1 bis 5), auf das sich die Veränderungssperre erstreckt, Bestandteil dieser Verfügung. Die Grenzen des Geltungsbereichs der Veränderungssperre sind der kartografischen Darstellung zu entnehmen. Sie sind durch eine blaue Umrandung gekennzeichnet, wobei die teilweise zu sperrenden Flurstücke mit Flurstücksbezeichnung in roter Beschriftung in den Luftbilddarstellungen besonders kenntlich gemacht sind.

Im räumlichen Geltungsbereich der Veränderungssperre dürfen

- keine Vorhaben oder baulichen Anlagen verwirklicht werden, die einer Verwirklichung der jeweiligen Stromleitung entgegenstehen, und

- keine sonstigen erheblichen oder wesentlich wertsteigernden Veränderungen am Grundstück oder an baulichen Anlagen auf dem Grundstück durchgeführt werden.

2. Die Veränderungssperre gilt am 23.01.2026 als bekannt gegeben. Die Bekanntmachung erfolgt in örtlichen Tageszeitungen, die in dem Gebiet verbreitet sind, auf das sich die Veränderungssperre voraussichtlich auswirken wird, und auf der Internetseite der Bundesnetzagentur.

Die Veränderungssperre ist auf fünf Jahre befristet.

3. Für die Allgemeinverfügung werden Kosten nicht erhoben.

II.

Sachverhalt

Im Rahmen der Erstellung des Umweltberichts zum Bundesbedarfsplan 2023-2037/2045 (Az. 6.02.00.02/23-2-0#4) vom 31.05.2024 ist für die Vorhaben Nr. 81 und Nr. 81a ein Präferenzraum ermittelt worden.

Ein Präferenzraum ist gemäß § 3 Nr. 10 NABEG ein durch die Bundesnetzagentur ermittelter und dem Umweltbericht nach § 12c Abs. 2 EnWG zugrunde gelegter Gebietsstreifen, der für die Herleitung von Trassen im Sinne des § 18 Abs. 3c NABEG besonders geeignete Räume ausweist.
Dabei handelt es sich um einen mäandrierenden circa fünf bis zehn Kilometer breiten Gebietsstreifen (BT-Drs. 164/22, S. 54).

Enthält der nach § 12b Abs. 5 EnWG vorgelegte Netzentwicklungsplan eine Neubaumaßnahme zur Höchstspannungs-Gleichstrom-Übertragung, die noch nicht im Netzentwicklungsplan bestätigt wurde und für die keine Bündelungsoption nach § 12b Abs. 3a EnWG besteht, hat die Bundesnetzagentur anhand von vorhandenen Daten zur großräumigen Raum- und Umweltsituation für diese Maßnahme einen Präferenzraum im Sinne des § 3 Nr. 10 NABEG zu ermitteln und dem Umweltbericht zugrunde zu legen. Für länderübergreifende, landseitige Teile von Offshore-Anbindungsleitungen ist dies gemäß § 12c Abs. 2a Satz 2 EnWG optional.

Gemäß § 12c Abs. 2a Satz 7 EnWG ist auch für Maßnahmen, für die ein Bundesfachplanungsverfahren notwendig ist und bei denen noch kein Antrag auf Bundesfachplanung gestellt wurde, ein Präferenzraum durch die Bundesnetzagentur zu ermitteln, wenn dies der Vorhabenträger bis zum 11.06.2023 beantragt. Bei der Präferenzraumermittlung hat die Bundesnetzagentur gemäß § 12c Abs. 2a Satz 8 EnWG zu berücksichtigen, ob eine spätere gemeinsame Verlegung mehrerer Neubaumaßnahmen im Sinne von § 12c Abs. 2a Satz 1 EnWG im räumlichen und zeitlichen Zusammenhang ganz oder weit überwiegend sinnvoll erscheint.

Für Vorhaben, für die ein Präferenzraum ermittelt wurde, entfällt gemäß § 5a Abs. 4a NABEG die Bundesfachplanung, sodass ein Antrag auf Planfeststellungsbeschluss ohne ein zuvor durchlaufenes Bundesfachplanungsverfahren zulässig ist.

Der durch die Bundesnetzagentur ermittelte Präferenzraum bildet die Grundlage für die in Abschnitt 3 des NABEG geregelten nachfolgenden Planfeststellungsverfahren, in denen bestimmt wird, wo genau innerhalb des Präferenzraums eine Höchstspannungsleitung gebaut werden darf. Eine Prüfung von Trassenalternativen außerhalb des ermittelten Präferenzraums ist gemäß § 18 Abs. 3c Satz 2, Abs. 3a Satz 2 - 4 NABEG nur aus zwingenden Gründen durchzuführen.

Bei den Vorhaben Nr. 81, Nr. 81a, Nr. 81b, Nr. 81c, Nr. 81d, Nr. 81e, Nr. 81f handelt es sich um als Erdkabel zu realisierende, länderübergreifende Höchstspannungs-Gleichstrom-Übertragung-Leitungsvorhaben nach § 2 Abs. 1 NABEG, deren energiewirtschaftliche Notwendigkeit sowie deren vordringlicher Bedarf im Bundesbedarfsplan nach § 12e Abs. 4 Satz 1 EnWG festgestellt wurden. Mit dem Erlass des Bundesbedarfsplangesetzes durch den Bundesgesetzgeber stehen die Anfangs- und Endpunkte der künftigen Vorhaben fest.
Das Vorhaben Nr. 81 wurde bereits am 14.01.2022 als Maßnahme „DC31“ im Netzentwicklungsplan 2021-2035 bestätigt. Es erfolgte vorerst jedoch kein Antrag auf Bundesfachplanung. Am 05.06.2023 stellten die Vorhabenträger, 50Hertz Transmission GmbH und TenneT TSO GmbH (fortan: Vorhabenträger), für das Vorhaben Nr. 81 und Nr. 81a einen Antrag auf Präferenzraumermittlung gemäß § 12c Abs. 2a Satz 7 EnWG.

Gemeinsam mit den am 01.03.2024 im Netzentwicklungsplan 2023-2037/2045 bestätigten und am 20.07.2024 durch das Gesetz zur Änderung des Bundesbedarfplangesetzes im Bundesbedarfsplangesetz eingefügten Vorhaben bzw. dessen Bestandteile

Nr. 81a Höchstspannungsleitung Pöschendorf/Hadenfeld/Kaisborstel/Agethorst/Mehlbek – Klein Rogahn/Stralendorf/Warsow/Holthusen/Schossin

Nr. 81b Höchstspannungsleitung Grenzkorridor N-V – Pöschendorf/Hadenfeld/Kaisborstel/Agethorst/Mehlbek, Bestandteil Hemmingstedt/Eppenwöhrden – Pöschendorf/Hadenfeld/Kaisborstel/Agethorst/Mehlbek

Nr. 81c Höchstspannungsleitung Grenzkorridor N-V – Pöschendorf/Hadenfeld/Kaisborstel/Agethorst/Mehlbek, Bestandteil Hemmingstedt/Eppenwöhrden – Pöschendorf/Hadenfeld/Kaisborstel/Agethorst/Mehlbek

Nr. 81d Höchstspannungsleitung Grenzkorridor N-V – Ämter Büchen/Breitenfelde/Schwarzenbek-Land, Bestandteil Hemmingstedt/Eppenwöhrden – Seth/Leezen/Groß Niendorf/Travenbrück

Nr. 81e Höchstspannungsleitung Grenzkorridor N-V – Ämter Büchen/Breitenfelde/Schwarzenbek-Land, Bestandteil Hemmingstedt/Eppenwöhrden – Seth/Leezen/Groß Niendorf/Travenbrück

Nr. 81f Höchstspannungsleitung Grenzkorridor N-V – Wiemersdorf/Hardebek, Bestandteil Hemmingstedt/Eppenwöhrden – Hagen/Fuhlendorf/Bad Bramstedt/Bimöhlen

bildet das Vorhaben Nr. 81 den sog. „NordOstLink“. Im Rahmen dessen ist geplant, drei Erdkabel pro Vorhaben (bis zu insgesamt 18) in jeweils einem Graben parallel zueinander verlaufen zu lassen.

Am 16.11.2023 veröffentlichte die Bundesnetzagentur einen Entwurf zum Umweltbericht, einschließlich der vorläufig ermittelten Präferenzräume. Die Konsultation hierzu endete am 29.01.2024. Anschließend wurde der Präferenzraum im Sinne des § 3 Nr. 10 NABEG für Vorhaben Nr. 81 und Nr. 81a abschließend ermittelt und im Rahmen des Umweltberichts am 31.05.2024 auf der Internetseite der Bundesnetzagentur (https://www.netzausbau.de/Umweltbericht) veröffentlicht. Gemäß §§ 5a Abs. 4a, 16 Abs. 7 NABEG entfällt somit die Bundesfachplanung für die Vorhaben. Daher kann die Bundesnetzagentur nach § 16 Abs. 7 NABEG ab Abschluss der Entwicklung des Präferenzraums Veränderungssperren erlassen.

Am 28.06.2024 haben die Vorhabenträger einen Antrag auf Planfeststellungsbeschluss gemäß § 19 NABEG a. F. gestellt.

Ferner haben die Vorhabenträger mit Antrag vom 28.06.2024 verlangt, dass das Verfahren gemäß § 35 Abs. 6 NABEG in der bis zum 29.12.2023 geltenden Gesetzesfassung des NABEG zu führen ist. Auch haben die Vorhabenträger am 28.06.2024 beantragt, das Vorhaben Nr. 81 mit den oben genannten Bestandteilen der Vorhaben Nr. 81a, Nr. 81b, Nr. 81c, Nr. 81d, Nr. 81e und Nr. 81f, die parallel zum Vorhaben Nr. 81 gebaut werden und verlaufen sollen, gemäß § 26 NABEG zu verbinden.

Der durch die Bundesnetzagentur ermittelte Präferenzraum enthält das Gebiet der Gemeinden Bendorf und Besdorf in Schleswig-Holstein. Innerhalb des Präferenzraums verbleiben in diesem Bereich lediglich eingeschränkte Möglichkeiten für die Trassierung. Dies hat folgende Gründe:

In dem Bereich der vorgeschlagenen Trasse erstrecken sich im Präferenzraum mehrere Raumwiderstände, wodurch es nicht möglich ist, konfliktfrei zu trassieren.

Mit Abschluss der Präferenzraumermittlung und Einreichung des Antrags nach § 19 NABEG liegt für die westöstliche Querung des Präferenzraums auf Höhe der Gemeinde Bendorf sowie der Gemeinde Besdorf ein Vorschlag der Vorhabenträger für einen konkreten Verlauf der Trasse innerhalb dieses Bereiches des Präferenzraumes vor. Der Trassierungsvorschlag innerhalb des Präferenzraumes wird durch diese Veränderungssperre gesichert. Die vorgeschlagene Trasse stellt dabei nach jetzigem Kenntnisstand den Verlauf mit den geringsten Konflikten dar.

Geprägt ist der Präferenzraum im Bereich der gegenständlichen Veränderungssperre insbesondere durch die Bundesautobahn 23, zusammenhängende sowie einzelne Siedlungsstrukturen, bereits festgesetzte Windvorranggebiete und bestehende Windenergieanlagen, sonstige Infrastruktur, den Nord-Ostsee-Kanal, landwirtschaftlich genutzte Flächen, kleinere Waldflächen, Fließ- und Stillgewässer, organische und verdichtungsempfindliche Böden sowie einzelne Schutzgebiete.

Nördlich der vorgeschlagenen Trasse erstrecken sich entlang der nordöstlich verlaufenden Landesstraße 131 geschlossene Siedlungsstrukturen des Hauptortes der Gemeinde Bendorf, des Ortsteils Oersdorf sowie weiter nordöstlich an der Präferenzraumgrenze geschlossene Siedlungsflächen der Gemeinde Thaden. Nördlich der Siedlungsflächen der Gemeinde Bendorf befinden sich sowohl innerhalb als auch außerhalb des Präferenzraumes Windvorrangebiete mit bereits bestehenden Windenergieanlagen („Windpark Bendorf“) im Bereich landwirtschaftlich genutzter Flächen. Westlich des Ortsteils Oersdorf befindet sich ebenfalls ein festgesetztes Windvorranggebiet mit zwei bestehenden Windenergieanlagen. Der westlich anschließende Raum zwischen vorgeschlagener Trasse, dem Nord-Ostsee-Kanal und der nördlichen Präferenzraumgrenze wird überwiegend von landwirtschaftlich genutzten Flächen, zahlreichen Streusiedlungen sowie organischen und verdichtungsempfindlichen Böden geprägt.
Der Bereich östlich der Landesstraße 131 kennzeichnet sich überwiegend durch landwirtschaftlich genutzte Flächen, einzelne Streusiedlungen, organische und verdichtungsempfindliche Böden, einzelne Still- und Fließgewässer, das FFH-Gebiet (DE 1922-391) „Iselbek mit Lindhorster Teich“ sowie weiter östlich anschließend große Waldflächen des Staatsforstes Barlohe.

Südlich der vorgeschlagenen Trasse befindet sich die Bundesautobahn 23. Diese verläuft in südöstlicher Richtung überwiegend parallel zum vorgeschlagenen Trassenverlauf. Der ca. 0,6 bis 1 km breite Raum zwischen vorgeschlagener Trasse und der Bundesautobahn wird westlich der Landesstraße 131 überwiegend durch landwirtschaftlich genutzte Flächen, einzelne Streusiedlungen, kleinere Waldflächen sowie das FFH-Gebiet (DE 1922-391) „Iselbek mit Lindhorster Teich“ entlang der Fließgewässer Iselbek und Bendorfer Bach geprägt. Östlich der Landesstraße 131 befinden sich Windenergieanlagen innerhalb eines Windvorranggebietes unmittelbar nördlich der Bundesautobahn 23, geschlossene Siedlungsflächen der Gemeinde Bokhorst sowie größere Waldflächen des Bokhorster Holzes. Südlich der Bundesautobahn 23 erstrecken sich geschlossene Siedlungsstrukturen der Gemeinden Besdorf und Holstenniendorf entlang des südlichen Verlaufes der Landesstraße 131.
Weiterhin ist der Raum zwischen der Bundesautobahn, dem Nord-Ostsee-Kanal und der südlichen Präferenzraumgrenze geprägt von landwirtschaftlich genutzten Flächen, zahlreichen Streusiedlungen, bestehenden Windenergieanlagen (nordwestlich der Gemeinde Holstenniendorf) in einem Windvorranggebiet, einzelnen Fließ- und Stillgewässern sowie mehreren Waldflächen östlich der Siedlungsflächen der Gemeinde Bokelrehm. Insbesondere entlang der westlichen Seite des Nord-Ostsee-Kanals erstrecken sich weitere zusammenhängende Siedlungsstrukturen.

Die vorgeschlagene Trasse quert aus westlicher Richtung kommend den Nord-Ostsee-Kanal und verläuft anschließend durch landwirtschaftlich genutzte Flächen nördlich der Bundesautobahn 23 weiter in nordöstlicher Richtung. Stillgewässer, einzelne Waldflächen und Streusiedlungen werden dabei umgangen. Der weitere Verlauf führt die vorgeschlagene Trasse südlich um die Siedlungsflächen des Ortsteils Oersdorf herum. Dabei werden das FFH-Gebiet (DE 1922-391) „Iselbek mit Lindhorster Teich“ sowie der Bendorfer Bach gequert. Anschließend verläuft die vorgeschlagene Trasse in südöstlicher Richtung weiter durch landwirtschaftlich genutzte Flächen.

Die Gemeinde Bendorf plant ein insgesamt ca. 180 ha großes Sondergebiet für Windenergienutzung. Diesbezüglich wird die zweite Änderung des Flächennutzungsplans „Windenergie Lohmühle und Hohenhörn“ vorangetrieben. Das geplante Sondergebiet besteht aus zwei Teilgebieten: dem Teilgebiet I „Lohmühle“, welches ca. 150 ha umfasst und östlich des Ortsteils Oersdorf vorgesehen ist und demTeilgebiet II „Hohenhörn“, welches ca. 30 ha umfasst und westlich des Ortsteils Oersdorf vorgesehen ist.

Das Verlassen des Präferenzraumes wäre nur aus zwingenden Gründen möglich und hätte weiträumige Umtrassierungen und somit einen längeren Trassenverlauf sowie zusätzliche Flächeninanspruchnahmen zur Folge.

III.

Begründung

Der Erlass der Veränderungssperre beruht auf § 16 NABEG.
Die Bundesnetzagentur ist gemäß § 31 Abs. 1 NABEG i. V. m. § 16 Abs. 1 Satz 1 NABEG für den Erlass der Veränderungssperre zuständig.

Auf eine Anhörung konnte vor Erlass der Veränderungssperre im vorliegenden Fall verzichtet werden. Von der Anhörung nach § 28 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.2003 (BGBl. I S. 102), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 04.12.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 344) soll gemäß § 16 Abs. 3 Satz 2 NABEG abgesehen werden. Die Anhörung ist vorliegend nach den Umständen des Einzelfalles nicht geboten. Es liegen keine besonderen Umstände vor; insbesondere besteht keine Kenntnis über Genehmigungen baulicher Anlagen, vgl. BT-Drs. 230/23, S.149.

Die Allgemeinverfügung ist in einer nach § 37 Abs. 2 und 3 VwVfG zulässigen Form ergangen.

Um den gemäß § 12c Abs. 2a EnWG entwickelten Präferenzraum abzusichern, ist der Erlass der Veränderungssperre in dem unter I Ziff. 1 genannten Umfang erforderlich.

Die Veränderungssperre setzt nach § 16 Abs. 1 Satz 1, Abs. 7 NABEG voraus, dass die Entwicklung des Präferenzraums abgeschlossen ist, dass für die Leitung ein vordringlicher Bedarf im Sinne des Bundesbedarfs festgestellt wird und dass anderenfalls die Möglichkeit besteht, dass die Trassierung der darin zu verwirklichenden Leitung erheblich erschwert wird.

Die Entwicklung des Präferenzraums ist für die Leitungsvorhaben Nr. 81 und Nr 81a mit Veröffentlichung des Umweltberichts am 31.05.2024 abgeschlossen worden. Für die Vorhaben Nr. 81, Nr. 81a, Nr. 81b, Nr. 81c, Nr. 81d, Nr. 81e, Nr. 81f ist ein vordringlicher Bedarf im Sinne des Bundesbedarfs festgestellt worden. Nach § 1 Abs. 1 BBPlG gilt für die in der Anlage zum BBPlG aufgeführten Vorhaben der vordringliche Bedarf als festgestellt. Die oben genannten Vorhaben sind in der Anlage zu § 1 Abs. 1 BBPlG aufgeführt.

Ohne die Veränderungssperre besteht die Möglichkeit, dass die Trassierung der darin zu verwirklichenden Leitung erheblich erschwert wird. Dabei ist – vor dem Hintergrund des Beschleunigungsgedankens, der Tatsache, dass die Präferenzraumermittlung an die Stelle der Bundesfachplanung tritt bzw. auch der Präferenzraum gleichermaßen gesichert werden soll (vgl. BT-Drs. 20/7310, S.128) – der Wertungsmaßstab der für die Bundesfachplanung gilt, heranzuziehen:

Aus dem Zweck des § 16 NABEG, das Leitungsvorhaben zu sichern und dem Charakter des § 16 Abs. 1 Satz 1 NABEG als Inhalts- und Schrankenbestimmung des Art. 14 Abs. 1 Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland (GG) ist zu folgern, dass eine Veränderungssperre dann erlassen werden kann, wenn sich eine potenziell plangefährdende Maßnahme in jenem Bereich abzeichnet, der im Trassenkorridor für eine mögliche Trasse in Betracht kommt. Da aber bereits die Möglichkeit einer erheblichen Erschwerung ausreicht,

sind keine zu strengen Anforderungen zu stellen (BT-Drs. 19/7375, S. 76). Es genügt bereits die Möglichkeit, dass die an den festgelegten Trassenkorridor gebundene Trassierung durch neue tatsächliche oder rechtliche Hindernisse erheblich erschwert wird. Dieser weite Maßstab ist abzuleiten aus § 1 Abs. 1 Satz 1 BBPlG, mit dem für die Vorhaben des Bundesbedarfsplans die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf zur Gewährleistung eines sicheren und zuverlässigen Netzbetriebs konstatiert wird. Das Planfeststellungsverfahren für die vordringlich zu realisierenden Vorhaben soll gesichert und es soll auch verhindert werden, dass der für die Planung zur Verfügung stehende Raum durch die Vorhabenrealisierung beeinträchtigende Maßnahmen verengt wird. Es reicht dabei, wenn solche Maßnahmen nicht völlig ausgeschlossen bzw. fernliegend sind (BVerwG, Beschl. v. 29.07.2021, 4 VR 8.20, Rn. 20; BVerwG, Urt. v. 22.02.2022 – 4 A 6.20 – NVwZ 2022, 1640 Rn. 27, BVerwG, Urt. v. 13.03.2024, 11 A 12/23, Rn. 23).

Im hier vorliegenden Bereich sind Möglichkeiten für die Trassierung durch eine sehr hohe Dichte von naturräumlichen Elementen, geschlossenen Siedlungen und Streusiedlungen, Infrastrukturen (u.a. Bundesautobahn 23) sowie Windenergieanlagen innerhalb des ermittelten Präferenzraums bereits erheblich eingeschränkt. Die Errichtung weiterer baulicher Anlagen, die Vornahme sonstiger erheblicher bzw. wesentlich wertsteigernden Veränderungen würde eine Trassierung in diesem Bereich wesentlich erschweren oder gar unmöglich machen. Um die Möglichkeit einer durchlaufenden Trassenführung sicherzustellen, müssen die bislang noch zur Verfügung stehenden Passageräume von baulichen Anlagen, sonstigen erheblichen bzw. wesentlich wertsteigernden Veränderungen freigehalten werden.

Die vorgeschlagene Trasse stellt im Bereich des Präferenzraums auf Höhe der Gemeinden Bendorf und Besdorf nach derzeitigem Kenntnisstand den Verlauf mit den geringsten Konflikten dar. Dies hat folgende Gründe:

In dem hier betreffenden Bereich führt der „NordOstLink“ sechs Vorhaben (Vohaben 81 und 81b bis 81f), so dass die Querung der Engstellen südwestlich und südöstlich vom Bendorfer Ortsteil Oerstdorf mitQuerung der Straßen, des Bendorfer Baches sowie der Iselbek aufgrund der 18 parallel zu verlegenden Erdkabel mit einer nicht unbeachtlichen Breite (aufgrund der teilweise voraussichtlich erforderlichen geschlossenen Querung ca. 435 m breit) einhergehen wird. Aus diesem Grund lässt der Präferenzraum nur eine Möglichkeit einer Querung zu.

Auch wenn der Präferenzraum im Bereich von Bendorf und Besdorf mit bis zu 8 km verhältnismäßig breit ist, ist eine Trassierung erheblich eingeschränkt. Diese Einschränkung basiert u.a. auf den zahlreichen Siedlungsstrukturen, der Bundesautobahn 23, sonstiger Infrastruktur, festgesetzte Windvorranggebiete und bestehende Windenergieanlagen, Schutzgebieten, Fließ- und Stillgewässern, Waldflächen, weitreichenden Überschwemmungsgebieten sowie auf organische und verdichtungsempfindliche Böden die den Passageraum einengen.

Nördlich der vorgeschlagenen Trasse befinden sich bis zur nördlichen Präferenzraumgrenze sowohl geschlossene Siedlungsflächen als auch Streusiedlungen der Gemeinden Bornholt, Bendorf und Thaden, Windvorranggebiete mit bereits bestehenden Windenergieanlagen, einzelne Fließ- und Stillgewässer, u.a. im Bereich eines FFH-Gebiets, sowie größere Waldflächen weiter östlich anschließend. Des Weiteren gibt es insbesondere in den Niederungsbereichen der Fließgewässer organische sowie feuchte und verdichtungsempfindliche Böden. Weiter westlich anschließend verläuft der Nord-Ostsee-Kanal in Nord-Süd-Richtung durch den Präferenzraum. Damit sind die Trassierungsmöglichkeiten nördlich der vorgeschlagenen Trasse erheblich eingeschränkt.

Südlich der vorgeschlagenen Trasse befinden sich parallel verlaufend die Bundesautobahn 23, geschlossene Siedlungsflächen der Gemeinden Besdorf und Bokhorst sowie weitere Streusiedlungen und größere Waldflächen, die sich weiter östlich anschließen. Insbesondere im nördlichen und südlichen Umfeld der Bundesautobahn 23 sind bestehende Windenergieanlagen vorzufinden. Entlang des weiter westlich befindlichen Nord-Ostsee-Kanals erstrecken sich weitere Siedlungsflächen. Dadurch sind die Trassierungsmöglichkeiten im Bereich zwischen vorgeschlagener Trasse und der südlichen Grenze des Präferenzraumes ebenfalls erheblich eingeschränkt.

Durch diesen Trassenvorschlag wird u.a. eine erneute Querung mit der Bundesautobahn 23 vermieden. Darüber hinaus werden die nördlich der vorgeschlagenen Trasse liegenden Siedlungsflächen der Gemeinden Bornholt, Bendorf und Thaden sowie Windvorranggebiete mit bestehenden Windenergieanlagen nordwestlich von Bendorf umgangen. Zudem werden weiter östlich befindliche Waldflächen des Staatsforstes Barlohe gemieden. Südlich der vorgeschlagenen Trasse werden die Siedlungsflächen der Gemeinden Besdorf, Holstenniendorf, Bokelrehm und Wacken sowie Windvorranggebiete mit bestehenden Windenergieanlagen im Bereich der Gemeinde Bokhorst und Besdorf umgangen. Die Waldflächen im Bereich der Gemeinde Bokelrehm werden mit dem vorgeschlagenen Trassenverlauf ebenfalls umgangen. Weiterhin werden organische sowie feuchte verdichtungsempfindliche Böden größtenteils gemieden und das FFH-Gebiet (DE 1922-391) „Iselbek mit Lindhorster Teich“ auf möglichst geringer Breite gequert.

Lediglich im Bereich zwischen dem Bendorfer Ortsteil Oersdorf und dem Fließgewässer Iselbek steht ein ausreichend breiter Trassierungsbereich zur Verfügung. Aufgrund der hohen Anzahl von Flächen, die mit konkurrierenden Raumnutzungen belegt sind, ist eine vergleichsweise konfliktarme Trassierung nur auf den gesicherten Flächen möglich. Aufgrund möglicher Planungen von Windenergieanlagen unter anderem auf den gesicherten Flächen, würde eine Trassierung in diesem Bereich nur noch sehr eingeschränkt bis unmöglich sein.

Ein alternativer Verlauf, welcher den Bereich zwischen dem Bendorfer Ortsteil Oersdorf und dem Fließgewässer Iselbek umgehen würde, ist aufgrund der soeben dargestellten naturräumlichen Gegebenheiten, Siedlungsgebiete, Infrastruktur und sonstiger Raumwiderstände nicht erkennbar möglich.

Eine Querung der Bundesautobahn 23 südlich der vorgeschlagenen Trasse oder eine Umgehung der nördlich gelegenen Siedlungsflächen würde eine längere Trassierung und deutlich größere Querungslängen mit sich führen, Räume mit mehr Konfliktpotenzial passieren und somit einen größeren Eingriff darstellen.

Es könnte zwar angedacht werden, den Präferenzraum zu verlassen. Eine Prüfung von Trassenalternativen außerhalb des ermittelten Präferenzraums ist gemäß § 18 Abs. 3c Satz 2, Abs. 3a Satz 3 NABEG jedoch nur aus zwingenden Gründen durchzuführen. Ein Verlassen des Präferenzraumes hätte zudem auch weiträumige Umtrassierungen und somit einen erheblich längeren Trassenverlauf sowie zusätzliche Flächeninanspruchnahmen zur Folge. Aufgrund der vorliegend dargestellten räumlichen Situation innerhalb dieses Teils des Präferenzraums sowie der damit einhergehenden erheblichen Erschwerung der Trassierung der darin zu verwirklichenden Leitung ist eine Veränderungssperre zur Sicherung des Präferenzraums erforderlich. Die Errichtung weiterer baulicher Anlagen bzw. Vornahme sonstiger erheblicher bzw. wesentlich wertsteigernder Veränderungen, die die bereits nur eingeschränkt zur Verfügung stehenden Passageräume gänzlich schließen, muss verhindert werden.

Sind die Tatbestandsvoraussetzungen des § 16 Abs. 1 Satz 1, Abs. 7 NABEG erfüllt, steht es im Ermessen der Bundesnetzagentur, über den Erlass einer Veränderungssperre zu entscheiden. Dieses wurde hier im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben und insbesondere dem Regelungszweck entsprechend ausgeübt. Folgende Erwägungen hat die Bundesnetzagentur angestellt:

Gemäß § 12e Abs. 4 Satz 1 EnWG wird mit Erlass des Bundesbedarfsplans für die darin enthaltenen Vorhaben die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt.

Die Bestimmung der Präferenzräume geschieht zur Erfüllung der in § 1 Abs. 1 EnWG genannten Zwecke, eine möglichst sichere, preisgünstige, verbraucherfreundliche, effiziente und umweltverträgliche leitungsgebundene Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität sicherzustellen, die zunehmend auf erneuerbaren Energien beruht. Der Netzausbau kann dadurch behindert oder wesentlich erschwert werden, dass nach Entwicklung des Präferenzraums auf den Flächen der Präferenzräume Veränderungen vorgenommen werden, die der

Verwirklichung der Vorhaben zuwiderlaufen. Die Veränderungssperre nach § 16 NABEG wirkt dem entgegen, indem sie für den festgesetzten Abschnitt der Präferenzräume eine Sperrwirkung begründet. Die Veränderungssperre dient somit der Sicherung der im Rahmen des Umweltberichts zum Bundesbedarfsplan 2023-2037/2045 ermittelten Präferenzräume für die spätere Planfeststellung der Höchstspannungsleitungen nach den §§ 18 ff NABEG. Die mit Erlass der Veränderungssperre einhergehenden Bau- und Veränderungsverbote führen dazu, den Präferenzraum von baulichen Anlagen bzw. erheblichen bzw. wesentlich wertsteigernden Veränderungen freizuhalten und damit die Trassierung des Leitungsvorhabens innerhalb des festgelegten Präferenzraums entsprechend § 18 Abs. 3c NABEG zu ermöglichen.

Die Veränderungssperre stellt für die Eigentümer und sonstige dinglich Berechtigte eine Inhalts- und Schrankenbestimmung im Sinne des Art. 14 Abs. 1 Satz 2 GG und damit einen Eingriff in das Eigentumsgrundrecht dar. Es handelt sich um schwerwiegende Beschränkungen der Nutzungsmöglichkeiten der betroffenen Grundstücke. Zugleich lässt die Veränderungssperre die Erforderlichkeit gemeindlicher Bauleitplanungen gemäß § 1 Abs. 3 Satz 1 BauGB entfallen und kann hier insoweit das Interesse der Gemeinden Bendorf und Besdorf in Schleswig-Holstein in ihrer Planungshoheit berühren. Die Grundrechtsrelevanz der Veränderungssperre wurde durch die Bundesnetzagentur ermittelt und in die Ermessensentscheidung einbezogen.

Der Erlass der Veränderungssperre ist mit Blick auf das gesamtstaatliche Interesse an der Vorhabenrealisierung und das entsprechende Sicherungsinteresse jedoch ermessensgerecht und die hiermit einhergehenden Eingriffe in das Eigentum und sonstige Rechte stellen sich schließlich als verhältnismäßig dar:
Eine sichere Energieversorgung ist von überragender Bedeutung für das gesamtstaatliche. Gemeinwohl. Deshalb muss schnellstmögliche Rechts- und Planungssicherheit erzielt werden (BT-Drs. 19/7375, S. 76). Um diese Sicherheit zu gewährleisten, stellt die Veränderungssperre ein legitimes Mittel dar.

Auch stellt die Veränderungssperre eine Berufsausübungsregelung gegenüber den künftigen Windenergieanlagenbetreibern nach Art. 12 Abs. 1 GG dar. Diese Form des Eingriffs betrifft die Bedingungen der beruflichen Tätigkeit. Durch die Veränderungssperre ist es den Betreibern nicht gestattet, die Windenergieanlagen auf den von der Veränderungssperre erfassten Flurstücken für einen Zeitraum von zunächst fünf Jahren zu errichten. Nach Festlegung eines konkreten Trassenverlaufs können überdies für die letztendliche Trassierung nicht mehr benötigte Teilflächen in Abstimmung mit den Vorhabenträgern für bauliche Nutzungen und für gemeindliche Planungen auch schon vor Ablauf dieser Befristung wieder freigegeben werden (vgl. § 16 Abs. 2 Satz 1 NABEG). Die Dauer der Eingriffswirkungen wird insoweit möglichst geringgehalten. Berufsausübungsregelungen sind dann gerechtfertigt sowie verhältnismäßig, wenn vernünftige Erwägungen des Gemeinwohls sie als zweckmäßig erscheinen lassen. In der Gewährleistung einer sicheren Energieversorgung sind vernünftige Erwägungen des Gemeinwohls von überragender Bedeutung zu sehen.

Die Veränderungssperre im Bereich der o. g. Gemeinden in den Gemarkungen Oersdorf und Besdorf ist geeignet, die Trassierung für die Vorhaben innerhalb des Präferenzraumes zu sichern.
Die mit Erlass der Veränderungssperre einhergehenden Bau- und Veränderungsverbote führen dazu, den bislang noch trassierbaren Bereich innerhalb des Präferenzraums von planungsgefährdenden Veränderungen freizuhalten und damit die Trassierung des Leitungsvorhabens zu ermöglichen.

Ferner ist die Veränderungssperre erforderlich, um die Trassierung zu ermöglichen. Zur Verwirklichung des gesetzlichen Auftrags zum zügigen Ausbau des Netzes und der damit einhergehenden Gewährleistung der Versorgungssicherheit gemäß § 1 Abs. 1 EnWG sind die Vorhabenträger auf die Sicherung von Passageräumen für eine spätere Trassierung angewiesen.

Die oben erläuterte räumliche Bestandssituation zeigt, dass nach jetziger Erkenntnislage aufgrund des frühen Planungsstadiums für die Trasse lediglich im Bereich der gegenständlichen Veränderungssperre ein gerade noch ausreichender breiter Trassierungsraum zur Verfügung steht. Durch viele Raumhindernisse wie der Bundesautobahn 23, zusammenhängende Siedlungsstrukturen und Streusiedlungen, bestehende

Windenergieanlagen, Fließ- und Stillgewässer, größere Waldflächen, feuchte und verdichtungsempfindliche Böden sowie Schutzgebiete ist der hier dargestellte Trassenverlauf der voraussichtlich konfliktärmste innerhalb des Präferenzraumes.

Aufgrund der hohen Dichte an Planungshindernissen, die in diesem Präferenzraumbereich kaum Spielraum für eine Trassierung belassen, können bereits einzelne und vermeintlich geringfügige bauliche oder sonstige erhebliche bzw. wesentlich wertsteigernde Veränderungen, insbesondere die Änderung des Flächennutzungsplans „Windenergie Lohmühle und Hohenhörn“ sowie der mögliche Bau von Windenergieanlagen innerhalb der bislang noch zur Verfügung stehenden Passageräume die Realisierung des Leitungsvorhabens insgesamt gefährden. Es besteht die Möglichkeit der Errichtung weiterer baulicher Anlagen und erheblicher bzw. wesentlich wertsteigernder Veränderungen, die die Passageräume weiter einengen oder gänzlich schließen. Die Trassierung würde hierdurch deutlich erschwert oder gar unmöglich gemacht.

Die vorgeschlagene Trasse stellt überwiegend einen geradlinigen und kurzen Verlauf dar, der relativ konfliktarm ist. Eine Veränderung der gesicherten Flurstücke – entgegen der oben genannten Verbotswirkungen – würde für den „NordOstLink“ zu einer Umtrassierung und nach jetziger Kenntnislage zu einem deutlichen Abweichen von der Geradlinigkeit und zu neuen Konflikten mit weiteren räumlichen Hindernissen führen, sofern eine solche Trassierung überhaupt möglich wäre.

Ein solches Vorgehen widerspricht den Grundsätzen der Geradlinigkeit, der Wirtschaftlichkeit sowie der möglichst frühzeitigen Inbetriebnahme (vgl. § 18 Abs. 4 Satz 2 NABEG i. V. m. § 43 Abs. 3c EnWG). Durch die Durchquerung von Flächen mit hohem Raumwiderstand bzw. eine größere Flächeninanspruchnahme würden mit hoher Wahrscheinlichkeit erheblich mehr öffentliche bzw. private Belange tangiert werden (vgl. § 43 Abs. 3 Satz 1 EnWG). Im Ergebnis könnte die Realisierung des gesamten Projektes „NordOstLink“ gefährdet sein.

Im Übrigen wäre ein Verlassen des Präferenzraums nur aus zwingenden Gründen möglich. Dies hätte weiträumige Umtrassierungen, einen längeren Trassenverlauf sowie zusätzliche Flächeninanspruchnahmen zur Folge. Zudem würden die erforderlichen Umplanungen mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erheblichen Verzögerungen im Planungsprozess bzw. hinsichtlich der Inbetriebnahme des „NordOstLinks“ führen. Ein solches Vorgehen widerspricht den im vorherigen Absatz genannten Grundsätzen sowie der Regelung, dass die Trassierung innerhalb des Präferenzraumes erfolgen soll (§ 18 Abs. 3c Satz 2, Abs. 3a Satz 2 - 4 NABEG).

Andere, mildere Maßnahmen, die in gleicher Weise geeignet sind, solche planungsgefährdenden Maßnahmen zu verhindern und dadurch die Trassierung innerhalb des festgelegten Präferenzraums zu sichern, sind nicht ersichtlich. Insbesondere liegen keine zwingenden Gründe vor, diesen zu verlassen.

Eine Beteiligung der Bundesnetzagentur im Rahmen von entsprechenden Baugenehmigungsverfahren ist gesetzlich nicht vorgesehen. Auch haben etwaige Stellungnahmen der zuständigen Vorhabenträger sowie der Bundesnetzagentur als zuständiger Genehmigungsbehörde im Rahmen von Genehmigungsverfahren nur begrenzt Einfluss auf die Genehmigungserteilung und sind insoweit nicht gleichermaßen zur Trassensicherung geeignet. Auch würden etwaige Zusicherungen oder mündliche Absprachen mit dem Grundstückseigentümer oder Nutzungsberechtigten hinsichtlich der Durchsetzbarkeit nicht den gleichen Erfolg erzielen.

Die Entschließung zu einer Veränderungssperre ist im Übrigen auch angemessen. Das mit der Veränderungssperre verfolgte Ziel der sicheren Energieversorgung ist von überragender Bedeutung für das gesamtstaatliche Gemeinwohl und steht deswegen in seiner Wertigkeit nicht außer Verhältnis zur Intensität des Eingriffs.

Da die Nutzbarkeit der Grundstücke nur im Hinblick auf die Wirkung des § 16 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 und Nr. 2 NABEG eingeschränkt wird und nicht etwa Eigentumsrechte entzogen werden, ist der Umfang der Eingriffe in qualitativer Hinsicht begrenzt. Eine Entscheidung über die Inanspruchnahme des Grundstücks durch die Trassierung geht mit der Veränderungssperre nicht einher. Die von dieser Veränderungssperre umfassten

landwirtschaftlichen Flächen können während der Geltungsdauer der Veränderungssperre gleichermaßen landwirtschaftlich bewirtschaftet werden. Darüber hinaus sind die Verbotswirkungen der Veränderungssperre von vornherein auf fünf Jahre befristet, § 16 Abs. 1 Satz 3 NABEG. Bauliche Vorhaben und sonstige Nutzungen auf den Grundstücken bzw. die Genehmigung bestehender baulicher Anlagen werden insoweit nicht generell und dauerhaft ausgeschlossen. Dies führt im Vergleich zu einem dauerhaften Eingriff in das Eigentum zu einer abgeschwächten Eingriffssituation.

Nach Festlegung eines konkreten Trassenverlaufs können überdies für die letztendliche Trassierung nicht mehr benötigte Teilflächen in Abstimmung mit den Vorhabenträgern für bauliche Nutzungen und für gemeindliche Planungen auch schon vor Ablauf dieser Befristung wieder freigegeben werden (vgl. § 16 Abs. 2 Satz 1 NABEG). Die Dauer der Eingriffswirkungen wird insoweit möglichst geringgehalten. Städtebauliche Entwicklungsmöglichkeiten der Gemeinden Bendorf und Besdorf werden zudem durch den räumlich beschränkten Geltungsbereich der Veränderungssperre nicht ausgeschlossen. Einschränkungen sind nur von befristeter Dauer. Den Interessen der Betroffenen wird zudem durch die Möglichkeit eines Antrags auf Aufhebung der Veränderungssperre wegen überwiegender Belange gemäß § 16 Abs. 2 Satz 2 NABEG hinreichend Rechnung getragen. Im Übrigen müssen die Rechte der Betroffenen unter Berücksichtigung der vorgenannten Erwägungen hinter dem Interesse einer vorläufigen Sicherung der Vorhabenrealisierung zurücktreten, die gemäß § 1 Abs. 2 Satz 1 NABEG aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist. Bis die Stromversorgung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, soll gemäß § 1 Abs. 2 Satz 2 NABEG der beschleunigte Ausbau dieser Stromleitungen und Anlagen als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführende Schutzgüterabwägung eingebracht werden. In diesem Sinne kann auch die Wertung von Art. 20a GG unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts herangezogen werden (vgl. BVerfG, Beschl. v. 24.3.2021 – 1 BvR 2656/18, Rn. 248).

Dem steht auch nicht entgegen, dass die von dieser Veränderungssperre betroffenen Flurstücke ebenfalls Flächen sind, auf denen die Errichtung von Windenergieanlagen im baurechtlichen Außenbereich gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 5 i.V.m. § 249 BauGB privilegiert ist. Hintergrund der Privilegierung ist, dass mit dem Ausbau von Windenergieanlagen der Ausbau erneuerbarer Energien vorangetrieben werden soll. Dies wird auch durch § 2 EEG (Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien) untermauert, wonach der Ausbau von Windenergieanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegt und, wie auch der Stromleitungsausbau, bis die Stromerzeugung nahezu treibhausgasneutral ist, die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführende Schutzgüterabwägung eingebracht werden sollen.

Aus der mit § 2 EEG verbundenen Qualifizierung des Ausbaus von Windenergieanlagen als im überragenden öffentlichen Interesse stehenden Vorhaben lässt sich für den Stromleitungsausbau per se kein Vorrang entnehmen, da beide Vorhaben im überragenden öffentlichen Interesse stehen und damit vom Willen des Gesetzgebers grundsätzlich gleichwertig sind. Der mit dem Erlass der Veränderungssperre verfolgte Sicherungszweck der Errichtung der Stromleitung ist hier jedoch mit Blick auf die eingeschränkte Rechtswirkung der Veränderungssperre aufgrund einer Einzelfallabwägung vorrangig.

Der „NordOstLink“ dient der Erhöhung der großräumigen Übertragungskapazität zwischen Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern, um den von Offshore-Windparks erzeugten Strom zu transportieren und dadurch das Übertragungsnetz für die zukünftig steigenden Stromflüsse zu verstärken. Das Vorhaben trägt damit in erheblichem Ausmaß dazu bei, Überlastungen im Übertragungsnetz zu verringern oder zu vermeiden. Dies entspricht dem gesetzgeberischen Ziel der Energiewende und der Klimaneutralität. Die deutschlandweite Bedeutung der Maßnahme ergibt sich auch aus der Bestätigung des Netzentwicklungsplans Strom für die Zieljahre 2037/2045 (https://www.netzausbau.de/nep). Nach § 1 Abs. 1 EEG 2023 hat der Gesetzgeber die Transformation zu einer nachhaltigen und treibhausgasneutralen Stromversorgung, die vollständig auf erneuerbaren Energien beruht, im Interesse des Klima- und Umweltschutzes als Ziel verankert. Auch § 1 Abs. 1 EnWG verfolgt den Zweck, eine sichere, preisgünstige, verbraucherfreundliche, effiziente, umweltverträgliche und treibhausgasneutrale leitungsgebundene Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität, Gas und Wasserstoff, die zunehmend auf erneuerbaren Energien beruht, zu ermöglichen. Ferner sieht § 3 Abs. 1 Nr. 2 Klimaschutzgesetz (KSG) vor, die Treibhausgasemissionen im Vergleich zum Jahr 1990 bis zum Jahr 2040 um mindestens 88 Prozent zu mindern. Der „NordOstLink“ ist eines der zentralen Netzausbauprojekte, um Deutschland bis 2045 klimaneutral mit Energie zu versorgen. Hierzu wurde im BBPlG

der Bedarf für sieben Vorhaben (81 und 81a bis 81f) mit einer Übertragungskapazität von zusammen 14 Gigawatt (GW) gesetzlich festgestellt. Zwar erfolgen die Errichtung und der Betrieb von lokalen Windenergieanlagen auch im Zuge der gesetzlich verankerten Energiewende. Dem „NordOstLink“ kommt jedoch eine weitreichendere, gesamtgesellschaftliche Bedeutung zu. Auch deshalb ist der Erlass der Veränderungssperre zur Sicherung der Errichtung der Stromleitungen im Rahmen einer Einzelfallabwägung vorrangig.

Die Trassierung würde durch die entsprechenden Veränderungen deutlich erschwert oder gar unmöglich gemacht. Der Vorhabenträger hat glaubhaft dargelegt, dass eine ggf. denkbare Unterquerung von Windenergieanlagen in geschlossener Bauweise hier aufgrund der vorliegenden Länge der Vorschlagstrasse technisch nur sehr schwer möglich bis unmöglich ist. Eine Überbauung des Schutzstreifens ist darüber hinaus auch allgemein aus Gründen der Beeinflussung und späteren Zugänglichkeit im Havariefall zu vermeiden. Insbesondere sind bei benachbarter Windenergienutzung entlang der NordOstLink-Trasse zusätzliche Sicherheitsabstände zwischen WEA-Fundament und Schutzstreifen der Leitung zu berücksichtigen, welche den Trassierungsraum weiter einschränken und die Trassierung unmöglich machen könnten. Auch eine Unterquerung einzelner WEA ist nur schwer, wenn überhaupt realisierbar. Es steht zu erwarten, dass im Zuge der weiteren Windenergienutzung einzelne WEA auch auf von der Veränderungssperre betroffenen Flurstücken errichtet werden sollen. Diese würden dann eine Trassierung unmöglich machen.

Nach § 16 Abs. 1 Satz 3 NABEG ist die Veränderungssperre auf einen Zeitraum von zunächst fünf Jahren zu befristen und daher nur temporärer Natur. Eine Verlängerungsmöglichkeit um bis zu weitere fünf Jahre wird in § 16 Abs. 1 Satz 4 NABEG vorgesehen, wenn besondere Umstände dies gebieten.
Bauliche Vorhaben und sonstige Nutzungen auf den Grundstücken bzw. die Genehmigung bestehender baulicher Anlagen und somit auch der Bau von Windenergieanlagen werden insoweit nicht generell und dauerhaft ausgeschlossen. Zudem können für die letztendliche Trassierung nicht mehr benötigte Teilflächen in Abstimmung mit dem Vorhabenträger für bauliche Nutzungen und für gemeindliche Planungen auch schon vor Ablauf dieser Befristung wieder freigegeben werden (vgl. § 16 Abs. 2 Satz 1 NABEG).

Nicht nur die Entschließung (Entschließungsermessen) zu einer Veränderungssperre, sondern auch deren Umfang stehen im Ermessen der Bundesnetzagentur (Auswahlermessen). Auch dieses wurde im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben unter Berücksichtigung bereits genannter Erwägungen ausgeübt.

Der räumliche Geltungsbereich der Veränderungssperre beschränkt sich auf das Erforderliche und erfasst lediglich die für die Trassierung einschließlich der erforderlichen Infrastrukturquerungen bzw. Baustelleneinrichtungen notwendigen Grundstücke. Da im geplanten Trassenverlauf zusätzlich Arbeitsstreifen und zusätzlich die für die geschlossenen Querungen erforderlichen Start- und Zielgruben, Baustelleneinrichtungsflächen und insbesondere Zuwegungen notwendig sind, welche den Bereich des dargestellten Trassenbandes überschreiten könnten, sind die von der Veränderungssperre umfassten Flurstücke von Bebauungen sowie erheblichen bzw. wesentlich wertsteigernden Veränderungen freizuhalten.

Mit Blick auf das frühe Planungsstadium bzw. die noch ausstehenden Prüfungen im Rahmen des sich der Präferenzraumermittlung anschließenden Planfeststellungsverfahrens, ist der vorliegende Geltungsbereich der Veränderungssperre notwendig, um eine Realisierung des Leitungsvorhabens innerhalb des festgelegten Präferenzraumes nicht zu gefährden. Die Festlegung auf einen konkreten (grundstücksscharfen) Trassenverlauf ist auf Grundlage der Ergebnisse der Präferenzraumermittlung noch nicht möglich. Insbesondere die bautechnischen Unwägbarkeiten, die erst im Rahmen der Feintrassierung geklärt werden können (u.a. Baugrunduntersuchung, Vermessung) führen zur Notwendigkeit eines weitreichenden Geltungsbereichs der Veränderungssperre.

Berücksichtigt wird zudem, dass auf diesem Abschnitt des Projektes „NordOstLink“, insgesamt 18 Erdkabel für die zukünftig parallel verlaufenden Vorhaben Nr. 81 und Nr. 81b–f verlegt werden müssen und eine entsprechend breite Trasse ermöglicht werden muss. Dies steht auch im Einklang mit dem – dem „NordOstLink“ zugrundeliegenden – Zielsystem und dem Bündelungsgebot, wonach linienförmige Infrastrukturen zu bündeln sind. Der Vorhabenträger geht für sechs parallel verlaufende Vorhaben mit insgesamt 18 Erdkabel von einem Regelarbeitsstreifen bei geschlossener Bauweise von ca. 435 Meter aus. Die Breite der

Start- und Zielbaugruben, sowie die erforderlichen Baustelleneinrichtungsflächen und Zuwegungen die für eine geschlossene Querung notwendig sind, liegen darüber. Aus diesem Grund können auch die Flächen für Arbeitsstreifen, die Baustelleneinrichtungen und Zuwegungen noch nicht konkret festgelegt werden, weshalb ein weitreichender Geltungsbereich der Veränderungssperre notwendig ist.

Die Bundesnetzagentur hat im Rahmen Ihres Auswahlermessens die Veränderungssperre auf Teile des Flurstücks beschränkt, wenn ihr aufgrund der Örtlichkeiten eine spätere Inanspruchnahme durch Zuwegung oder Baustelleneinrichtungsflächen zum gegenwärtigen Zeitpunkt als eher unwahrscheinlich erschien.

Damit mag der voraussichtliche Flächenbedarf zwar im Einzelfall geringer als der zwischen einzelnen Trassierungshindernissen noch verbleibende Passageraum bzw. der gesicherte Raum sein.
Da eine konkrete Trassierung der Erdkabel aufgrund der noch durchzuführenden weiteren Untersuchungen, die Gegenstand des an die Präferenzraumermittlung anschließenden Planfeststellungsverfahrens sind, bislang nicht erfolgt ist, würde eine weitere Eingrenzung der Passageräume den verbleibenden geringen Spielraum für eine Trassierung im weiteren Verfahren nehmen. Angesichts der großen Breite und des noch frühen Planungsstadiums wird seitens der Bundesnetzagentur, mit voranschreitender Planung, enger evaluiert werden, inwiefern die Veränderungssperre in der gesamten Breite weiterhin erforderlich ist und, sofern diese Erforderlichkeit nicht mehr gegeben ist, die Veränderungssperre (ggf. teilweise) aufgehoben werden (vgl. § 16 Abs. 2 Satz 1 NABEG).

Die Veränderungssperre ist zur Sicherung der vorgeschlagenen Trasse mit Blick auf die noch ausstehenden Untersuchungen im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens erforderlich, um eine Realisierung des Leitungsvorhabens innerhalb des ermittelten Präferenzraums nicht zu gefährden.

Auf die (teilweise) Aufhebung der Veränderungssperre im Falle einer anderweitigen Verwirklichung gemäß § 16 Abs. 2 Satz 1 NABEG wird in diesem Zusammenhang hingewiesen.

Gemäß § 41 Abs. 4 Satz 3 VwVfG kann ein Tag für die Bekanntgabe der Veränderungssperre bestimmt werden, jedoch frühestens der auf die Bekanntmachung folgende Tag. Da die Bekanntmachung am Donnerstag, dem 22.01.2026, erfolgt, wird bestimmt, dass die Veränderungssperre am Freitag, dem 23.01.2026 als bekanntgegeben gilt. Die Bundesnetzagentur macht die Veränderungssperre gemäß § 16 Abs. 4 Satz 1 NABEG in örtlichen Tageszeitungen, die in dem Gebiet verbreitet sind, auf das sich die Veränderungssperre voraussichtlich auswirken wird, und auf der Internetseite der Bundesnetzagentur bekannt.

Die Veränderungssperre ist nach § 16 Abs. 1 Satz 3 NABEG auf fünf Jahre befristet. Gemäß § 16 Abs. 1 Satz 4 NABEG kann die Bundesnetzagentur die Frist um weitere fünf Jahre verlängern, wenn besondere Umstände dies erfordern.

Die Kostenfreiheit ergibt sich aus § 30 NABEG. Die Veränderungssperre zählt nicht zu den dort aufgeführten kostenpflichtigen Amtshandlungen.

Rechtsbehelfsbelehrung
Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Bundesverwaltungsgericht Simsonplatz 1, 04107 Leipzig erhoben werden. Die Anfechtungsklage gegen den vorstehenden Bescheid hat gemäß § 16 Abs. 5 Satz 2 NABEG i. V. m. § 43e Abs. 1 EnWG keine aufschiebende Wirkung. Der Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Anfechtungsklage gegen den vorstehenden Bescheid nach § 80 Abs. 5 Satz 1 VwGO kann nur innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe dieses Bescheids beim Bundesverwaltungsgericht Simsonplatz 1, 04107 Leipzig gestellt und begründet werden (§ 16 Abs. 5 Satz 2 NABEG i. V. m. § 43e Abs. 1 EnWG).

Cottbus, den 21.01.2026
Im Auftrag

gez.
Renate Heintze
Abteilung Ausbau Stromnetze, Referatsleiterin 807

Anlagen

- Abbildungen 1, 2, 3, 4 und 5

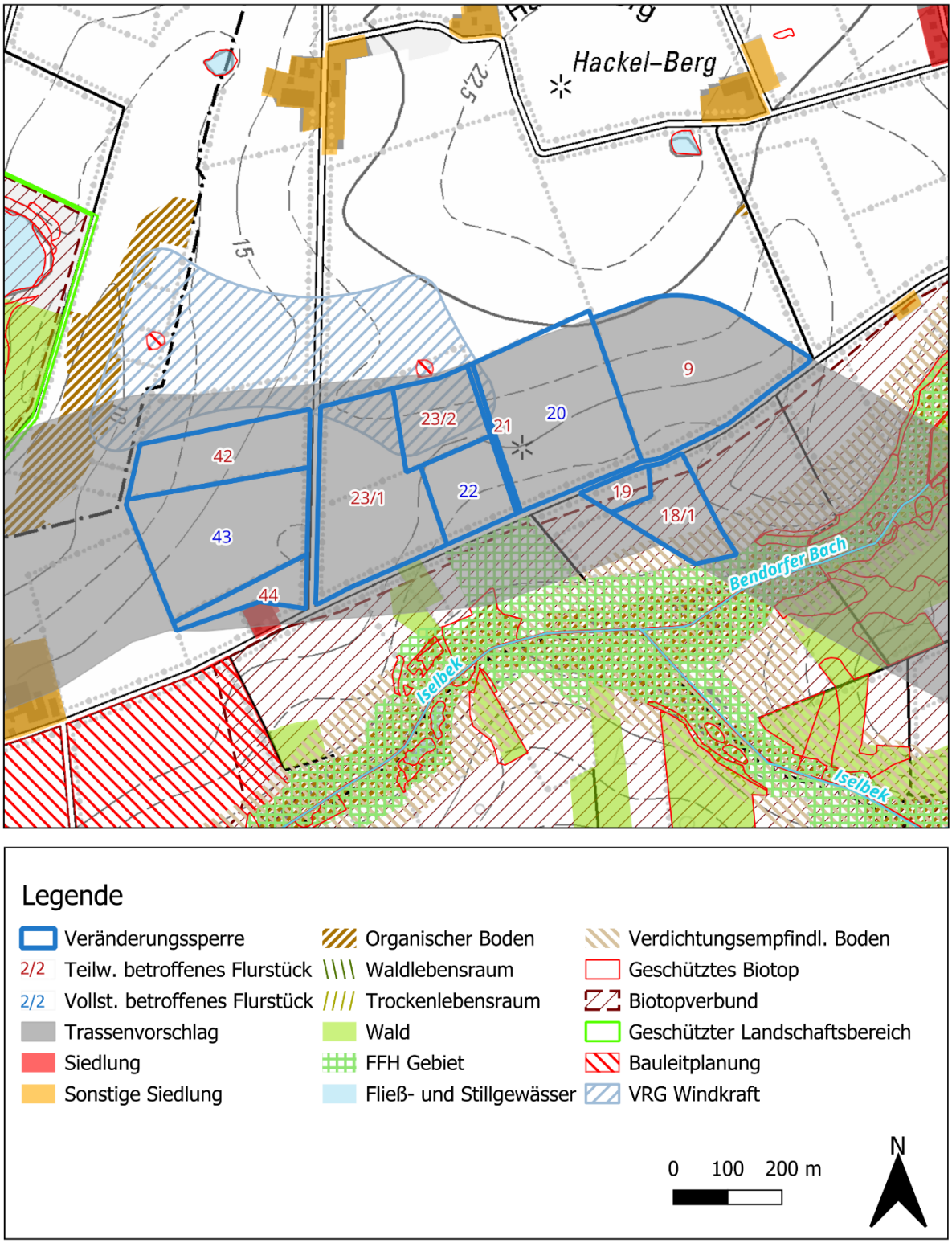

Abbildung 1 - Detailkarte der betroffenen Flurstücke der Veränderungssperre im Bereich Bendorf West mit Legende zur vorhandenen Topographie

Abbildung 2 - Luftbild der betroffenen Flurstücke der Veränderungssperre im Bereich Bendorf West mit Legende zur Betroffenheit

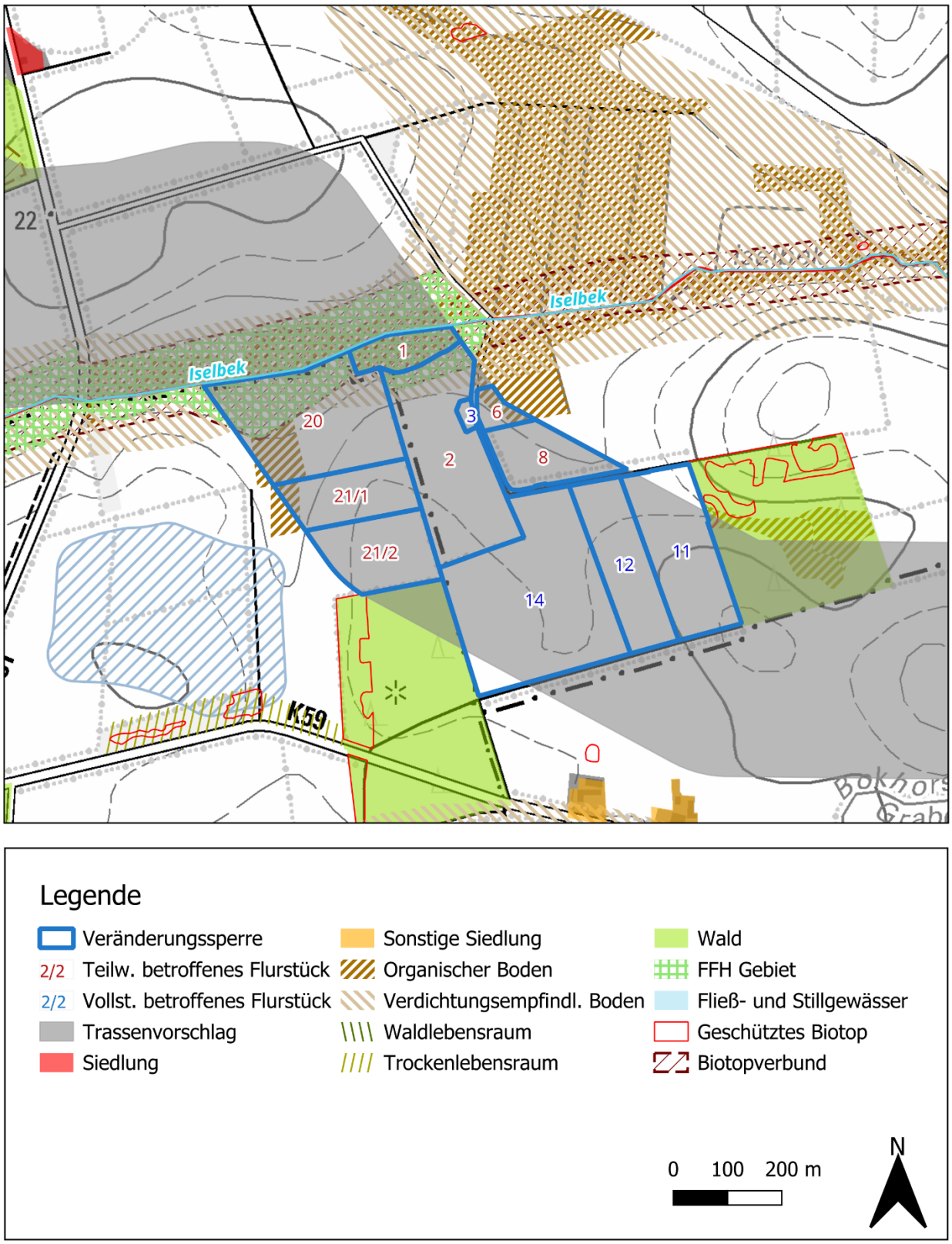

Abbildung 3 - Detailkarte der betroffenen Flurstücke der Veränderungssperre im Bereich Bendorf Ost mit Legende zur vorhandenen Topographie

Abbildung 4 - Luftbild der betroffenen Flurstücke der Veränderungssperre im Bereich Bendorf Ost mit Legende zur Betroffenheit

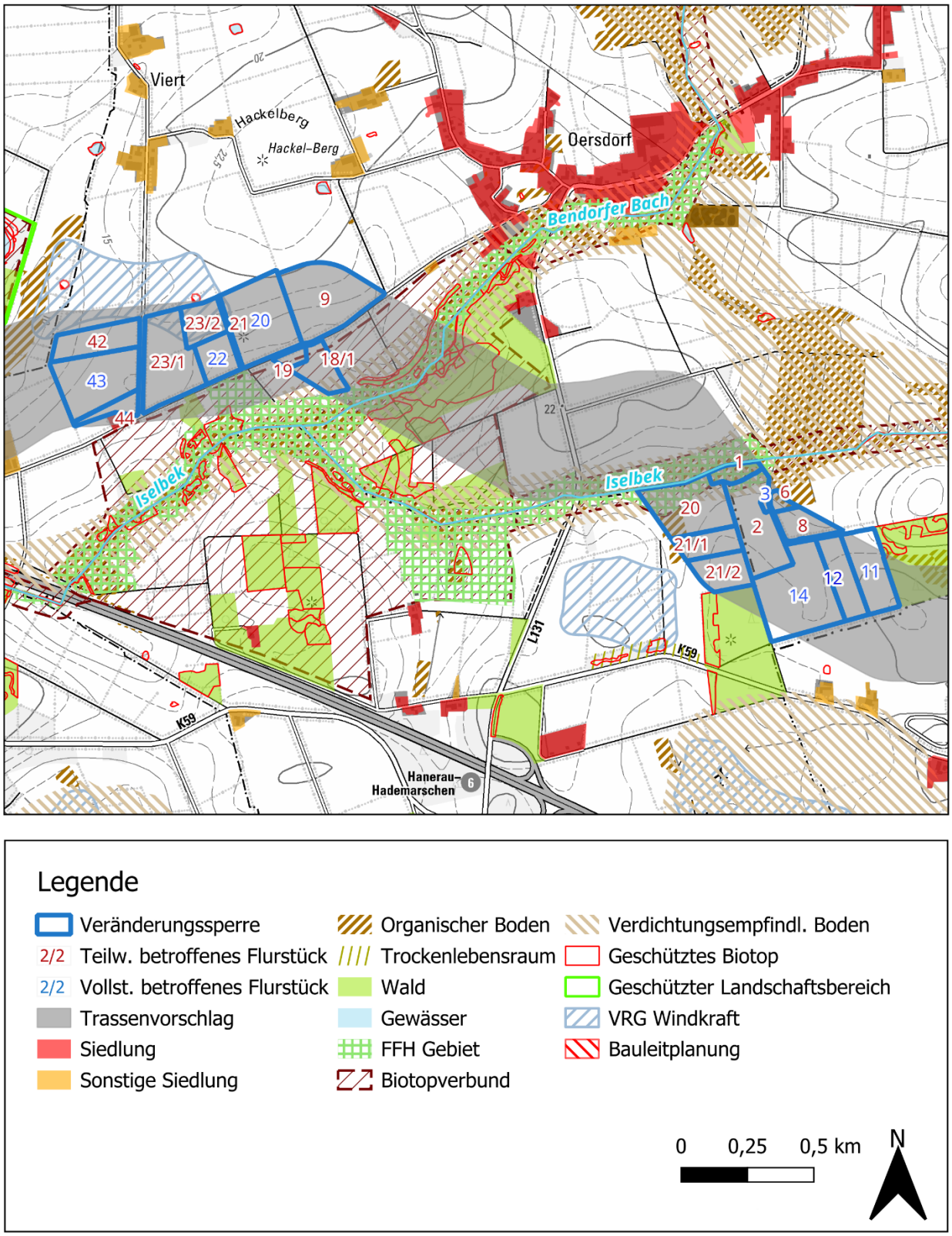

Abbildung 5 - Gesamtdetailkarte der betroffenen Flurstücke der Veränderungssperre im Bereich Bendorf Ost und Bendorf West mit Legende zur vorhandenen Topographie